

**Betriebssatzung
des Abfallentsorgungs- und Stadtreinigungsbetriebes
der Stadt Chemnitz**

Redaktioneller Stand: Juni 2014

Inhalt

- § 1 Rechtsform
- § 2 Name des Eigenbetriebes
- § 3 Zweck des Eigenbetriebes
- § 4 Stammkapital
- § 5 Organe
- § 6 Betriebsleitung
- § 7 Aufgaben der Betriebsleitung
- § 8 Vertretung der Stadt in Angelegenheiten des Eigenbetriebes
- § 9 Betriebsausschuss
- § 10 Aufgaben des Betriebsausschusses
- § 11 Aufgaben des Stadtrates
- § 12 Oberbürgermeister
- § 13 Sonderkasse
- § 14 Wirtschaftsjahr, Wirtschaftsplan, Finanzplanung
- § 15 Risikofrüherkennung, Zwischenbericht
- § 16 Buchführung und Kostenrechnung
- § 17 Jahresabschluss und Lagebericht
- § 18 Leistungsbeziehungen zur Stadtverwaltung
- § 19 Erhalt des Sondervermögens
- § 20 In-Kraft-Treten

Betriebssatzung des Abfallentsorgungs- und Stadtreinigungsbetriebes der Stadt Chemnitz

Der Stadtrat der Stadt Chemnitz hat aufgrund des § 4 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18.03.2003 (GVBl. Seite 55), rechtsbereinigt mit Stand vom 01.08.2008, und des § 3 Abs. 3 des Gesetzes über kommunale Eigenbetriebe im Freistaat Sachsen (SächsEigBG) vom 15.02.2010 (GVBl. Seite 38) in seiner Sitzung am 08.06.2011 mit Beschluss Nr. B-039/2011 folgende Satzung beschlossen:

§ 1 Rechtsform

(1) Die öffentlichen Einrichtungen der Abfallentsorgung und der Stadtreinigung der Stadt Chemnitz werden als Eigenbetrieb zusammengefasst und in Form eines Eigenbetriebes unterhalten und betrieben.

(2) Der Eigenbetrieb wird entsprechend den gesetzlichen und satzungsmäßigen Vorschriften, insbesondere den Vorschriften der Sächsischen Gemeindeordnung, der Sächsischen Eigenbetriebsverordnung, der Hauptsatzung der Stadt Chemnitz sowie den Bestimmungen dieser Satzung geführt.

(3) Der Eigenbetrieb bildet einen organisatorisch eigenständigen Betrieb ohne eigene Rechtspersönlichkeit. Der Eigenbetrieb ist finanzwirtschaftlich als Sondervermögen der Stadt zu verwalten und nachzuweisen. Der Eigenbetrieb verfolgt keine Gewinnerzielungsabsicht.

§ 2 Name des Eigenbetriebes

Der Eigenbetrieb führt den Namen

„Abfallentsorgungs- und Stadtreinigungsbetrieb der Stadt Chemnitz“

und hat seinen Sitz in Chemnitz.

§ 3 Zweck des Eigenbetriebes

(1) Zweck des Eigenbetriebes ist

- die Wahrnehmung der Abfallentsorgungsaufgaben zur Erfüllung der der Stadt Chemnitz nach den abfallrechtlichen Bestimmungen in ihrer jeweils geltenden Fassung obliegenden Pflicht zur Abfallentsorgung und der hoheitlichen Tätigkeiten im Rahmen der Gemeindeordnung, des Abfallrechts und der dazu erlassenen Satzungen, insbesondere der Vollzug der Abfallsatzung und der Abfallgebührensatzung,
- die Wahrnehmung der Straßenreinigung nebst Winterdienst zur Erfüllung der der Stadt Chemnitz nach dem Sächsischen Straßengesetz in der jeweils gültigen Fassung obliegenden Pflicht zur Straßenreinigung und der hoheitlichen Tätigkeiten im Rahmen der Gemeindeordnung, des Straßenrechts und der dazu erlassenen Satzungen insbesondere der Vollzug der Straßenreinigungssatzung und der Straßenreinigungsgebührensatzung sowie
- der Betrieb von Anlagen der mobilen Abwasserentsorgung im Stadtgebiet zur Erfüllung der der Stadt Chemnitz obliegenden Pflicht zur Abwasserbeseitigung nach dem Sächsischen Wassergesetz in der jeweils gültigen Fassung.

(2) Der Eigenbetrieb kann alle seine Betriebszwecke fördernden und berührenden Hilfs- und Nebengeschäfte betreiben.

§ 4 Stammkapital

Das Stammkapital des Eigenbetriebes beträgt 3.150.000,00 EUR.

§ 5 Organe

Zuständige Organe für die Angelegenheiten des Eigenbetriebes sind:

- der Stadtrat
- der Betriebsausschuss
- der Oberbürgermeister ¹
- die Betriebsleitung

¹

Den im Folgenden verwendeten Bezeichnungen Oberbürgermeister, Betriebsleiter, Betriebsangehöriger, Stadtkämmerer, Bevollmächtigter, Stellvertreter, Angestellter, Dienstvorgesetzter usw. sind die weiblichen Formen der Bezeichnungen jeweils auch ohne explizite Erwähnung im Einzelfall gleichzusetzen.

§ 6 Betriebsleitung

(1) Die Betriebsleitung besteht aus einem oder mehreren Betriebsleitern. Die Betriebsleiter werden vom Stadtrat gewählt. Für die Beschlussfassung bei der Wahl gelten § 28 Abs. 4 Sätze 1 und 2 SächsGemO.

(2) Der Stadtrat bestellt einen Ersten Betriebsleiter, wenn die Betriebsleitung aus mehreren Betriebsleitern besteht. Bei Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Betriebsleitung entscheidet der Erste Betriebsleiter.

(3) Auf Vorschlag der Betriebsleitung können nach Zustimmung durch den Stadtrat vom Oberbürgermeister ein oder mehrere Stellvertreter bestellt werden. Diese vertreten im Verhinderungsfall den jeweiligen Betriebsleiter in dessen Arbeitsgebiet. Die Stellvertreter sind nicht Mitglieder der Betriebsleitung.

(4) Sofern mehrere Betriebsleiter bestellt sind, regelt die Geschäftsverteilung innerhalb der Betriebsleitung der Oberbürgermeister mit Zustimmung des Betriebsausschusses durch eine Geschäftsordnung.

§ 7 Aufgaben der Betriebsleitung

(1) Die Betriebsleitung leitet den Eigenbetrieb, soweit aufgrund gesetzlicher Vorschriften oder dieser Satzung nichts anderes bestimmt ist. Ihr obliegt insbesondere die laufende Betriebsführung nach Maßgabe der Geschäftsordnung nach § 6 Abs. 4 unter Beachtung aller Zustimmungs- und Genehmigungserfordernisse (insbesondere gem. § 90 SächsGemO) sowie Verfahrensvorschriften. Im Rahmen ihrer Zuständigkeit ist sie für die wirtschaftliche Führung des Eigenbetriebes verantwortlich.

(2) Die Betriebsleitung vollzieht die Beschlüsse des Stadtrates, seiner Ausschüsse und die Entscheidungen des Oberbürgermeisters in Angelegenheiten des Eigenbetriebes.

(3) Zur laufenden Betriebsführung gehören insbesondere

- a) der Abschluss und der Vollzug von Verträgen bis zu einem Betrag von 250.000,00 EUR im Einzelfall, soweit in dieser Satzung nichts anderes bestimmt ist. Bei Dauerschuldverhältnissen bzw. Verträgen mit gestufter Leistungspflicht von bis zu 48 Monaten ist der Gesamtvertragswert (Barwert) maßgebend. Bei Dauerschuldverhältnissen mit unbestimmter Laufzeit oder einer Laufzeit über 48 Monate ist der 48-fache Monatswert maßgebend,
- b) die Einstellung, Entlassung und Umgruppierung des Personals bis einschließlich TVöD Entgeltgruppe 12 unter Beachtung der Maßgaben des Stellenplanes sowie die Durchführung der laufenden Personalangelegenheiten, soweit in dieser Satzung nicht anders bestimmt ist,
- c) die Beschaffung von Vorräten im Rahmen einer wirtschaftlichen Lagerhaltung,

80.310

- d) die Aufstellung des Wirtschaftsplanes einschließlich Bilanzplanung und Finanzplanung, des Jahresabschlusses und des Lageberichtes,
- e) die Stundung und Niederschlagung von Forderungen bis zu einem Betrag von 50.000,00 EUR für den Zeitraum bis zu einem Jahr und bis zu einem Betrag von 25.000,00 EUR über ein Jahr hinaus im jeweiligen Einzelfall,
- f) der Erlass von Forderungen bis zu einem Betrag von 15.000,00 EUR im Einzelfall,
- g) die Einleitung und Fortführung des Rechtsstreites und der Abschluss von Vergleichen bis zu einem Betrag von 50.000,00 EUR im Einzelfall,
- h) die Aufnahme von Kassenkrediten im Rahmen des genehmigten Gesamtbetrages der Kassenkredite des Eigenbetriebes;
die Kreditaufnahme bis zu einem Betrag von 250.000,00 EUR (pro Jahr), mit Ausnahme von Kreditaufnahmen bei der Stadt oder anderen Eigenbetrieben;
Änderungen von Kreditkonditionen, insbesondere Zinsanpassungen, bei bestehenden Kreditverträgen, soweit dadurch die Kreditsumme nicht erhöht wird sowie Umschuldungen,
- i) Vollzug des Wirtschaftsplanes des Eigenbetriebes, einschließlich der Vergabe von Lieferungen, Leistungen und Nachträgen nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB), der Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (VOL) und der Vergabe von freiberuflichen Leistungen inner- und außerhalb der Vergabeordnung für freiberufliche Leistungen (VOF),
- j) Abschluss von Abstimmungsvereinbarungen nach § 6 Abs. 3 Verpackungsverordnung (VerpackV) soweit diese jeweils nicht von den §§ 10 und 11 dieser Satzung erfasst sind sowie Abstimmungsvereinbarungen mit Systembetreibern, welche sich zur Mitbenutzung des grundsätzlich mit der DSD GmbH abgestimmten Systems verpflichten,
- k) der Erlass von Verwaltungsakten, insbesondere von Gebührenbescheiden im Umfang der Aufgabenübertragung nach § 3 dieser Satzung.

(4) Die Betriebsleitung hat den Oberbürgermeister, den Betriebsausschuss sowie den Stadtkämmerer vierteljährlich über die Entwicklung des Eigenbetriebes und die wirtschaftliche Lage sowie die Umsetzung der geplanten Investitionen schriftlich zu unterrichten. Darüber hinaus hat die Betriebsleitung den Oberbürgermeister über alle wichtigen Angelegenheiten rechtzeitig und umfassend zu informieren.

(5) Die Betriebsleitung bereitet in Angelegenheiten des Eigenbetriebes die Beschlüsse des Stadtrates und des Betriebsausschusses vor. Stadtrat und Betriebsausschuss geben der Betriebsleitung vor der Beschlussfassung in diesen Angelegenheiten die Möglichkeit zum Vortrag.

(6) Alle Maßnahmen, die die Finanzwirtschaft der Stadt Chemnitz berühren, sind vor ihrem Wirksamwerden von der Betriebsleitung mit dem Stadtkämmerer abzustimmen. Insoweit steht dem Stadtkämmerer jederzeit ein Auskunftsrecht gegenüber der Betriebsleitung zu. Die Finanzwirtschaft der Stadt Chemnitz ist insbesondere berührt, wenn durch Maßnahmen die Änderung des Wirtschaftsplanes (§ 23 Abs. 1 und Abs. 2 SächsEigBVO) notwendig werden könnte oder wird.

(7) Alle in der Betriebssatzung angegebenen Wertgrenzen beziehen sich auf Bruttowerte und jeweils auf einen einheitlichen wirtschaftlichen Vorgang. Die Zerlegung eines solchen Vorgangs in mehrere Teile zur Begründung einer anderen Zuständigkeit ist nicht zulässig.

§ 8

Vertretung der Stadt in Angelegenheiten des Eigenbetriebes

(1) Im Rahmen ihrer Aufgaben vertritt die Betriebsleitung die Stadt in Angelegenheiten des Eigenbetriebes. Die Betriebsleiter sind grundsätzlich nur gemeinsam zur Vertretung berechtigt. Ist nur ein oder ein Erster Betriebsleiter bestellt, so ist dieser alleinvertretungsberechtigt. Die Betriebsleiter zeichnen unter dem Namen des Eigenbetriebes ohne Angabe eines Vertretungsverhältnisses. Sie sind von den Beschränkungen des § 181 Bürgerliches Gesetzbuch befreit.

(2) Die Stellvertreter i. S. des § 6 Abs. 3 zeichnen mit dem Zusatz „i. V.“.

(3) Die Betriebsleitung kann Bedienstete des Eigenbetriebes für einzelne Angelegenheiten und/oder bestimmte Sachgebiete mit ihrer Vertretung beauftragen und ihnen Vollmacht erteilen. Diese zeichnen mit dem Zusatz „i. A.“.

(4) Erklärungen in Angelegenheiten des Eigenbetriebes, durch die die Stadt verpflichtet wird und die nicht zur laufenden Betriebsführung gehören, bedürfen der Schriftform.

(5) Bei Erklärungen Dritter gegenüber der Stadt in Angelegenheiten des Eigenbetriebes genügt die Abgabe gegenüber dem Eigenbetrieb.

§ 9

Betriebsausschuss

(1) Für die Angelegenheiten des Eigenbetriebes ist der Betriebsausschuss der Stadt Chemnitz zuständig.

(2) An den Sitzungen des Betriebsausschusses nimmt die Betriebsleitung mit beratender Stimme teil. Sie ist auf Verlangen zu den Beratungsgegenständen zu hören. Sie ist verpflichtet auf Anforderung zu den Beratungsgegenständen Stellung zu nehmen und Auskünfte zu erteilen.

§ 10

Aufgaben des Betriebsausschusses

(1) Der Betriebsausschuss überwacht die Betriebsleitung und berät alle Angelegenheiten des Eigenbetriebes vor, die der Entscheidung des Stadtrates vorbehalten sind. Innerhalb des eigenen Zuständigkeitsbereiches entscheidet der Betriebsausschuss selbstständig anstelle des Stadtrates.

80.310

(2) Der Betriebsausschuss hat Maßnahmen der Betriebsleitung zu widersprechen, wenn sie das Recht verletzen oder das Wohl der Stadt und/oder des Eigenbetriebes gefährden. Der Widerspruch des Betriebsausschusses ist bindend.

(3) Der Betriebsausschuss kann jederzeit von der Betriebsleitung über den Verlauf der Geschäfte und die Lage des Eigenbetriebes Berichterstattung verlangen.

(4) Der Betriebsausschuss ist unbeschadet der vorgenannten Bestimmungen für die folgenden Angelegenheiten zuständig:

- a) Vorberatung des Wirtschaftsplanes sowie aller damit zusammenhängenden Angelegenheiten des Eigenbetriebes, die der Entscheidung des Stadtrates vorbehalten sind
- b) Vorberatung des Jahresabschlusses, des Lageberichtes, der Berichte über die Jahresabschlussprüfung und die örtliche Prüfung und Vorschlag für die Ergebnisverwendung
- c) Vorberatung zu den Vorschlägen der Betriebsleitung für die Festsetzung von Gebühren, Beiträgen und Entgelten
- d) Vorberatung zu Satzungsentwürfen
- e) Beschlussfassung zu Entgelten für Hilfs- und Nebengeschäfte nach § 3 Abs. 2 der Satzung einschließlich diesbezüglicher Allgemeiner Geschäftsbedingungen
- f) Beschluss zur Einstellung, Entlassung und Umgruppierung von leitenden Angestellten ab TVöD Entgeltgruppe 13 sowie zu Anträgen auf Hinausschiebung des Ruhestandsbeginns
- g) Vorschlag für den Prüfer des Jahresabschlusses
- h) Einwilligung zu erfolgsgefährdenden Mehraufwendungen des Erfolgsplanes oder des Liquiditätsplanes, für die ein dringendes Bedürfnis besteht, sofern sie unabweisbar sind. Mehraufwendungen im Erfolgsplan sind erfolgsgefährdend, wenn die Gesamtsumme der Aufwendungen um 2 % überschritten wird und sie nicht durch Mehrerträge gedeckt sind.

Erhöhte Mittelabflüsse im Liquiditätsplan sind liquiditätsgefährdend, wenn je Auszahlung (Mittelabfluss) der Planansatz um 250.000,00 EUR überschritten wird oder keine Deckung aus anderen Liquiditätsquellen vorhanden ist oder gefunden werden kann

- i) Einwilligung zu Änderungen des Investitionsplanes, wenn der Planansatz je Vorhaben um 250.000,00 EUR überschritten wird oder keine Deckung aus anderen Finanzierungsquellen vorhanden ist oder gefunden werden kann
- j) Beschlussfassung zu Änderungen des Wirtschaftsplanes in Umsetzung des § 10 Abs. 4 lit. h) dieser Satzung, wenn sich keine Auswirkungen gemäß § 16 Abs. 2 SächsEigBVO auf den Haushalt der Stadt ergeben
- k) Einwilligung zur Einleitung und Fortführung eines Rechtsstreits und zum Abschluss von Vergleichen, soweit sie nicht zu den laufenden Geschäften der Betriebsführung gehören

- l) Entgegennahme der Vierteljahresberichte der Betriebsleitung und Stellungnahme dazu
- m) Entscheidungen zur Stundung, Niederschlagung und zum Erlass von Forderungen sowie zum Verzicht auf Ansprüche aller Art, soweit sie nicht zu den laufenden Geschäften der Betriebsführung gehören
- n) Einwilligung
 - (aa) zum Abschluss von Verträgen über einen Betrag von 250.000,00 EUR hinaus bis zu einem Betrag von 750.000,00 EUR im Einzelfall. Bei Dauerschuldverhältnissen bzw. Verträgen mit gestufter Leistungspflicht von bis zu 48 Monaten ist der Gesamtvertragswert (Barwert) maßgebend. Bei Dauerschuldverhältnissen mit unbestimmter Laufzeit oder einer Laufzeit über 48 Monate ist der 48-fache Monatswert maßgebend.
 - (bb) zum Abschluss von Abstimmungsvereinbarungen nach § 6 Abs. 3 VerpackV, wenn nachfolgende wesentliche Änderungen erfolgen sollen:
 - Änderung der zur Sammlung der Verkaufsverpackungen eingesetzten Sammelgefäße
 - Änderung der Abfuhrhythmen (Häufigkeit und Art der Durchführung)
 - Veränderungen der Abgabemöglichkeiten für private Endverbraucher
 - Änderungen im Umgang mit nicht verwertbaren Materialien (Fehlbefüllungen)
- o) Entscheidungen zu Kreditaufnahmen über einen Betrag von 250.000,00 EUR (pro Jahr) hinaus, mit Ausnahme von Kassenkrediten sowie Kreditaufnahmen bei der Stadt und anderen Eigenbetrieben
- p) Vorberatung der gemäß § 90 SächsGemO genehmigungspflichtigen Rechtsgeschäfte, insbesondere der Rechtsgeschäfte, die eine Pflicht zur Veräußerung von Grundstücken oder grundstücksgleichen Rechten begründen

§ 11 Aufgaben des Stadtrates

- (1) Der Stadtrat entscheidet über alle Angelegenheiten des Eigenbetriebes, soweit nicht der Oberbürgermeister, der Betriebsausschuss, ein anderer Ausschuss des Stadtrates oder die Betriebsleitung zuständig sind. Er entscheidet über alle Grundsätze, nach denen der Eigenbetrieb gestaltet und wirtschaftlich geleitet wird.
- (2) Auf Basis der gesetzlichen Zuständigkeitsregelungen gemäß § 8 SächsEigBVO und der in dieser Satzung geregelten Aufgaben ist der Stadtrat insbesondere für folgende Angelegenheiten zuständig:
 - a) Änderung der Betriebssatzung
 - b) wesentliche Änderung des Betriebsumfanges bzw. Übernahme neuer Aufgaben, insbesondere Angliederung von Unternehmen und Einrichtungen der Stadt

80.310

- c) Auflösung des Eigenbetriebes, Änderung der Rechtsform des Eigenbetriebes insbesondere auch Verschmelzung
- d) Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan nebst Finanzplanung sowie über die Änderung des Wirtschaftsplanes, wenn sich Auswirkungen für den Haushalt der Stadt i. S. d. § 16 Abs. 2 SächsEigBVO ergeben
- e) Feststellung des Jahresabschlusses nach Maßgabe des § 17 der Satzung
- f) Beschlussfassung zu Gebühren- und Beitragssatzung, Technischen Satzungen sowie Allgemeinen Geschäftsbedingungen
- g) Entscheidung über die Veränderung des Stammkapitals
- h) Einwilligung zu Verträgen mit Mitgliedern des Betriebsausschusses oder den Betriebsleitern mit Ausnahme von Arbeits- und Anstellungsverträgen mit den vom Stadtrat gewählten Betriebsleitern
- i) Bestellung der Mitglieder des Betriebsausschusses
- j) Einwilligung zum Abschluss von Betriebsführungsverträgen
- k) Gewährung von Darlehen der Stadt an den Eigenbetrieb oder des Eigenbetriebes an die Stadt sowie Gewährung und Aufnahme von Darlehen der Eigenbetriebe der Stadt Chemnitz untereinander nach Maßgabe des § 13 SächsEigBVO und des § 18 dieser Satzung
- l) Einwilligung zum Abschluss von Verträgen über einen Betrag von 750.000,00 EUR im Einzelfall hinaus
- m) Einwilligung zum Abschluss von genehmigungspflichtigen Rechtsgeschäften (§ 90 SächsGemO), insbesondere Rechtsgeschäften, die eine Pflicht zur Veräußerung von Grundstücken oder grundstücksgleichen Rechten begründen
- n) Beschlussfassung zur Entnahme von Eigenkapital bzw. die Herauslösung von Sondervermögen ab einem Wert über 250.000,00 EUR nach Anhörung der Betriebsleitung

(3) Soweit es sich nicht um Geschäfte der laufenden Betriebsführung oder um eine Zuständigkeit des Betriebsausschusses nach § 10 dieser Satzung handelt, kann sich der Stadtrat weitere Angelegenheiten zur eigenen Entscheidung vorbehalten oder im Einzelfall Entscheidungen an sich ziehen.

§ 12 Oberbürgermeister

(1) Dem Oberbürgermeister obliegt die Sicherstellung der ordnungsgemäßen Führung des Eigenbetriebes, der Belange der Stadt, der Einheit der Verwaltung und die Wahrung der Grundsätze eines geordneten Geschäftsganges. Zur Durchführung dieser Aufgaben kann der Oberbürgermeister der Betriebsleitung Weisungen erteilen.

(2) Der Oberbürgermeister ist Dienstvorgesetzter der Bediensteten des Eigenbetriebes sowie der Betriebsleitung.

(3) Personalangelegenheiten mit Ausnahme der in § 7 Abs. 3 (b) und § 10 Abs. 4 (f) genannten insbesondere solche von grundsätzlicher Bedeutung, wie die Vereinbarung von Sozialplänen, der Abschluss arbeitsrechtlicher Vergleichs- und Aufhebungsvereinbarungen, welche mit der Zahlung einer Abfindung über den gesetzlich bzw. tariflich geregelten Betrag hinausgehen, bedürfen der Einwilligung des Oberbürgermeisters. Das Recht des Stadtrates gemäß § 11 Abs. 3 dieser Satzung bleibt unberührt.

(4) Der Oberbürgermeister entscheidet mit Zustimmung der Betriebsleitung über die Entnahme von Eigenkapital bzw. die Herauslösung von Sondervermögen bis zu einem Wert von einschließlich 250.000,00 EUR.

(5) Der Oberbürgermeister regelt mit Zustimmung des Betriebsausschusses das Verfahren zur Vorbereitung der Bauvorhaben nach VOB, der Vorhaben nach VOL und der Leistungen nach VOF in Anlehnung an städtische Vorgehensweisen unter Berücksichtigung des § 20 Abs. 2 Nr. 2 und Abs. 3 SächsEigBVO sowie § 12 der Sächsischen Kommunalhaushaltsverordnung-Doppik (SächsKomHVO-Doppik).

§ 13 Sonderkasse

Für den Eigenbetrieb wird eine unverbundene Sonderkasse eingerichtet. § 87 SächsGemO gilt entsprechend.

§ 14 Wirtschaftsjahr, Wirtschaftsplan, Finanzplanung

(1) Wirtschaftsjahr des Eigenbetriebes ist das Kalenderjahr.

(2) Der von der Betriebsleitung aufgestellte Wirtschaftsplan in seinen Bestandteilen Erfolgsplan, Liquiditätsplan, Finanzplanung und Stellenübersicht ist rechtzeitig vor Beginn des Wirtschaftsjahres über den Oberbürgermeister nach Beratung im Betriebsausschuss dem Stadtrat zum Beschluss vorzulegen. Die Aufstellung des Wirtschaftsplanes richtet sich nach den Terminen zur Erstellung des Haushaltsplanes der Stadt. Für die Gliederung und Darstellung der Wirtschaftsplanung gelten §§ 18 - 21 SächsEigBVO.

(3) Es ist eine Finanzplanung gemäß § 20 SächsEigBVO aufzustellen, die eine Übersicht über die Entwicklung des Mittelzu- und Mittelabflusses, gegliedert nach Jahren sowie über die Entwicklung der Erträge und Aufwendungen enthält.

(4) Dem Wirtschaftsplan wird ein Vorbericht entsprechend § 17 SächsEigBVO beigelegt.

(5) Eine Änderung des Wirtschaftsplanes ist entsprechend § 23 Abs. 1 SächsEigBVO sowie gemäß § 10 Abs. 4 und § 11 Abs. 2 dieser Satzung vorzunehmen.

§ 15
Risikofrüherkennung, Zwischenbericht

- (1) Es ist ein angemessenes System zur Erkennung von Risiken einzurichten, das es ermöglicht, etwaige den Bestand gefährdende Entwicklungen frühzeitig zu erkennen. Zur Früherkennung gehören insbesondere die Identifikation, Bewertung, Dokumentation (Risikohandbuch), Mitteilung und Überwachung von Risiken.
- (2) Die Betriebsleitung hat dem Oberbürgermeister, dem Betriebsausschuss und dem Stadtkämmerer für den Stichtag 30.06. des Wirtschaftsjahres einen schriftlichen Zwischenbericht über die Umsetzung des Erfolgs- und Liquiditätsplans vorzulegen.
- (3) Der Zwischenbericht wird von der Stadt der Rechtsaufsichtsbehörde vorgelegt.

§ 16
Buchführung und Kostenrechnung

- (1) Der Eigenbetrieb führt seine Rechnung nach den Regeln der kaufmännischen doppelten Buchführung. Auf die Buchführung und das Inventar finden die §§ 238 - 241 HGB sinngemäß Anwendung, soweit sich aus gesetzlichen Vorgaben oder dieser Satzung nichts anderes ergibt.
- (2) Durch Anwendung der Kostenarten-, Kostenstellen- und Kostenträgerrechnung wird eine transparente Betriebsabrechnung gewährleistet.

§ 17
Jahresabschluss und Lagebericht

- (1) Auf den Jahresabschluss des Eigenbetriebes finden die allgemeinen Vorschriften, die Ansatzvorschriften, die Vorschriften über die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung, die Bewertungsvorschriften und die Vorschriften über den Anhang für den Jahresabschluss der großen Kapitalgesellschaften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches sinngemäß Anwendung, soweit gesetzlich oder in dieser Satzung nichts anderes geregelt ist.
- (2) Die Bilanz, die Gewinn- und Verlustrechnung, der Anhang und der Lagebericht sind entsprechend der §§ 26 bis 30 der SächsEigBVO aufzustellen. Im Lagebericht ist auch darzustellen, wie das Unternehmen die von ihm wahrzunehmende gemeindliche Aufgabe erfüllt hat (§ 31 Abs. 1 SächsEigBVO).
- (3) Es ist eine Liquiditätsrechnung nach § 25 SächsEigBVO zu erstellen.
- (4) Die Betriebsleitung legt den Jahresabschluss (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang) sowie den Lagebericht bis zum Ablauf von vier Monaten nach Schluss des Wirtschaftsjahres in unterzeichneter Form dem Oberbürgermeister vor. Der Oberbürgermeister leitet diese Unterlagen unverzüglich zur Jahresabschlussprüfung und zur örtlichen Prüfung (§ 105 SächsGemO) weiter. Bei der Jahresabschlussprüfung ist das Ergebnis der örtlichen Prüfung (§§ 105, 106 SächsGemO) zu berücksichtigen.

(5) Der Oberbürgermeister leitet den Jahresabschluss (mit den detaillierten Betrachtungen zur Zuordnung des jeweiligen Jahresergebnisses) und den Lagebericht zusammen mit den Berichten über die Jahresabschlussprüfung und die örtliche Prüfung dem Betriebsausschuss zur Vorberatung, anschließend mit dem Ergebnis dieser Vorberatung dem Stadtrat zur Feststellung zu. Der Stadtrat stellt den Jahresabschluss innerhalb von neun Monaten nach Ende des Wirtschaftsjahres fest und beschließt dabei über:

- a) die Verwendung des Jahresüberschusses oder die Behandlung des Jahresverlustes des Eigenbetriebes
- b) die Entlastung der Betriebsleitung; versagt er die Entlastung, hat er dafür die Gründe anzugeben.

(6) Der Beschluss über die Feststellung des Jahresabschlusses ist ortsüblich bekannt zu machen. Weitere Einzelheiten regelt § 34 Abs. 2 SächsEigBVO.

§ 18

Leistungsbeziehungen zur Stadtverwaltung

Lieferungen, Leistungen und Kredite von anderen Unternehmen und Verwaltungszweigen der Stadt Chemnitz an den Eigenbetrieb sowie Lieferungen, Leistungen und Kredite des Eigenbetriebes an andere Unternehmen und Verwaltungszweige der Stadt Chemnitz sind angemessen zu vergüten.

§ 19

Erhalt des Sondervermögens

(1) Für die technische und wirtschaftliche Fortentwicklung des Eigenbetriebes sollen rechtzeitig und in ausreichender Höhe Rücklagen gebildet werden. Dies gilt auch, soweit die Abschreibungen für die Erneuerungen nicht ausreichen. Instandhaltungsarbeiten sind rechtzeitig durchzuführen.

(2) Eigenkapital darf nur dann dem Eigenbetrieb entnommen werden, wenn dadurch seine dauerhafte Aufgabenerfüllung nicht gefährdet wird. Über die Entnahme von Eigenkapital bzw. die Herauslösung von Sondervermögen entscheidet bis zu einem Wert von einschließlich 250.000,00 EUR der Oberbürgermeister mit Zustimmung der Betriebsleitung und ab einem Wert von über 250.000,00 EUR der Stadtrat nach Anhörung der Betriebsleitung.

§ 12 Abs. 2 SächsEigBVO ist zu beachten.

(3) Ein im Jahresabschluss festgestellter Jahresverlust kann bis zu drei Jahre vorgetragen werden. Gewinne sind während dieser Zeit vollständig zur Verlusttilgung zu verwenden. Danach kann der Verlust mit Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde noch um weitere Jahre vorgetragen werden, wenn zu erwarten ist, dass der Verlust durch Gewinne in den folgenden Jahren ausgeglichen wird (§ 12 Abs. 3 SächsEigBVO).

(4) Der nicht oder nicht weiter vorgetragene Verlust ist gem. § 12 Abs. 4 SächsEigBVO aus dem Eigenkapital auszugleichen, wenn dies die Eigenkapitalausstattung des Eigenbetriebes gemäß Absatz 2 zulässt.

§ 20
In-Kraft-Treten

(1) Diese Satzung tritt am 01.07.2011 in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die Betriebssatzung des Abfallentsorgungs- und Stadtreinigungsbetriebes der Stadt Chemnitz vom 15.08.2002, einschließlich der 1. Satzung zur Änderung der Betriebssatzung des Abfallentsorgungs- und Stadtreinigungsbetriebes der Stadt Chemnitz vom 03.02.2005, der 2. Satzung zur Änderung der Betriebssatzung des Abfallentsorgungs- und Stadtreinigungsbetriebes der Stadt Chemnitz vom 19.01.2007, der 3. Satzung zur Änderung der Betriebssatzung des Abfallentsorgungs- und Stadtreinigungsbetriebes der Stadt Chemnitz vom 06.11.2007, der 4. Satzung zur Änderung der Betriebssatzung des Abfallentsorgungs- und Stadtreinigungsbetriebes der Stadt Chemnitz vom 25.01.2008 und der 5. Satzung zur Änderung der Betriebssatzung des Abfallentsorgungs- und Stadtreinigungsbetriebes der Stadt Chemnitz vom 20.10.2009 außer Kraft.

gez. Barbara Ludwig
Oberbürgermeisterin

Betriebssatzung
des Abfallentsorgungs- und Stadtreinigungsbetriebes
der Stadt Chemnitz

- Chronologie -

	Beschluss- datum	Ausfer- tigung	bekannt gemacht	In-Kraft- Treten	Fundstelle Amtsblatt	Nr. der Erg.lfg.
Satzung	07.08.02	15.08.02	21.08.02	01.09.02	Nr. 34/02	34.
1. Änderung	26.01.05	03.02.05	09.02.05	10.02.05	Nr. 06/05	53.
2. Änderung	17.01.07	19.01.07	24.01.07	rückw. z. 01.01.07	Nr. 04/07	72.
3. Änderung	24.10.07	06.11.07	14.11.07	15.11.07	Nr. 46/07	77.
4. Änderung	23.01.08	25.01.08	30.01.08	rückw. z. 01.01.07	Nr. 04/08	80.
5. Änderung	08.10.09	20.10.09	17.11.09	18.11.09	Nr. 46/09	94.
Satzung	08.06.11	14.06.11	29.06.11	01.07.11	Nr. 26/11	103.
1. Änderung	21.05.14	19.06.14	02.07.14	rückw. z. 01.01.14	Nr. 26/14	114.